

4 Vernehmung der Zeugin Agnes Kampschulte

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Meine Damen und Herren, wir setzen unsere öffentliche Beweisaufnahme fort. - Ich darf Sie, Frau Kampschulte, herzlich im Untersuchungsausschuss begrüßen.

Ich frage zuvor und gucke in die Runde, ob hier noch Personen sind, die als weitere Zeugen in Betracht kommen. - Das ist nicht der Fall.

Frau Kampschulte, wir wollen Sie heute zu dem in der Ladung genannten Beweisthema befragen. Bevor wir mit unserer Befragung beginnen, bin ich jedoch gehalten, Sie zu belehren. Als Zeugin sind Sie verpflichtet, die Wahrheit sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört. Sie dürfen aber auch nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wenn Sie vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich vorsätzlich falsch aussagen, kann dies mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren geahndet werden.

Ich mache Sie ferner darauf aufmerksam, dass Sie berechtigt sind, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, durch deren wahrheitsgemäße Beantwortung Sie sich selbst oder einen nahen Angehörigen der Gefahr der Strafverfolgung oder der Gefahr der Verfolgung wegen einer Ordnungswidrigkeit aussetzen würden.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeugin Agnes Kampschulte: Nein.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die Präsidentin des Landesrechnungshofs hat mir mit Schreiben vom 9. November 2009 eine Kopie der Aussagegenehmigung für Frau Kampschulte übermittelt. Die Aussagegenehmigung wurde den Obleuten und wissenschaftlichen Referenten per Mail zugeleitet. Ich gehe davon aus, dass auf eine Verlesung verzichtet werden kann.

Ich möchte Sie, Frau Kampschulte, darauf aufmerksam machen, dass Sie nicht verpflichtet sind, über Vorgänge zu berichten, die über die Ihnen erteilte Genehmigung zur Aussage hinausgehen. Sollten Sie trotzdem zu anderen komplexen Aussagen machen wollen, so müssten Sie dies auf Ihre eigene Verantwortung hin tun.

Möglicherweise haben Sie sich zur Vorbereitung der heutigen Sitzung noch einmal Akten angeschaut. Wenn das so sein sollte, versuchen Sie bitte deutlich zu machen, was aus Ihrer Erinnerung und was aus dem jetzt neuerdings durchgeführten Aktenstudium stammt.

Ich darf zunächst mit der Vernehmung zur Person beginnen und darf Sie bitten, uns Ihren vollständigen Namen einschließlich aller eventuellen Vornamen zu nennen.

Zeugin Agnes Kampschulte: Agnes Kampschulte.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sie sind wie alt in vollen Jahren, Frau Kampschulte?

Zeugin Agnes Kampschulte: 52.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Von Beruf?

Zeugin Agnes Kampschulte: Juristin.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Und Ihr Dienort ist?

Zeugin Agnes Kampschulte: Düsseldorf.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gibt es Fragen zur Person? - Ich stelle fest, das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zu Fragen zur Sache.

Wir haben es uns so vorgestellt, dass ich zunächst einige Fragen an Sie stellen werde und dann die Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen Gelegenheit haben, Sie zum Thema des Untersuchungsausschusses zu befragen. Ich möchte Sie bitten, uns kurz Ihren beruflichen Werdegang darzustellen.

Zeugin Agnes Kampschulte: Ich bin nach dem Studium in Bochum am 1. Juli 1985 in die Finanzverwaltung eingetreten, habe zunächst die anderthalb Jahre Einweisungszeit im Finanzamt Hattingen gemacht, bin dann zum 1. Januar 1987 ins Finanzamt Hagen gewechselt zum sogenannten Ersteinsatz und zum 1. Januar 1988 als Referentin in die Haushaltsabteilung des Finanzministeriums. Am 1. Oktober 1992 bin ich zum Landesrechnungshof gewechselt, habe dort verschiedene Aufgaben wahrgenommen und bin am 19. Oktober 1999 zum Mitglied des Landesrechnungshofs ernannt worden.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Frau Kampschulte, Sie sollen heute zu dem Untersuchungsgegenstand unseres Ausschusses befragt werden, wie er sich nach Ziffer III des Einsetzungsbeschlusses vom 25. Juni 2009 darstellt. Nach unseren Unterlagen — Blatt 2 des Ordners Landesrechnungshof 1 - ist am 8. November 2005 beim Landesrechnungshof eine anonyme Eingabe mit dem Vorwurf von Vergabemissständen im Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eingegangen. Würden Sie uns bitte den weiteren Fortgang dieses Vorgangs schildern.

Zeugin Agnes Kampschulte: Diese Anzeige - das möchte ich zunächst betonen - ist nicht direkt bei mir eingegangen, sondern bei meinem Kollegen Jahnz, der aus der Umweltverwaltung kommt. Er hat versucht - das habe ich nachgelesen - diese Anzeige an mich weiterzuleiten, hat sie dann aber in die Poststelle gegeben, damit ein ordentlicher Verwaltungsvorgang daraus wird. Ich weiß, dass er mich angerufen

und mir mitgeteilt hat, dass eine Eingabe bei ihm eingegangen ist. Ich habe sie zuständigkeithalber bekommen, weil ich zu der damaligen Zeit für den - so wie wir es sagten - „Technischen Umweltschutz“ im Umweltministerium zuständig war. Unter dem „Technischen Umweltschutz“ verstanden wir die Abteilung Immissionen, Wasser und Abfall des Umweltministeriums. Wir haben es intern „Technischen Umweltschutz“ genannt; der sogenannte „Grüne“ war damals schon bei Herrn Pfeifer.

Das führt mich dazu, darauf hinzuweisen: Aus eigener Zuständigkeit kann ich nur Erklärungen für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2006 abgeben. Danach ist die Zuständigkeit zu Herrn Pfeifer gewechselt. Weil im nachgeordneten Bereich des Umweltministeriums die beiden Bereiche zusammengeführt worden sind, haben wir das im Rechnungshof bei der Geschäftsverteilung nachvollzogen, sodass ich ab dem 1. Januar 2007 alle Vorgänge - Sie haben ja die gesamte Akte - abgegeben habe. Herr Pfeifer hat sie übernommen und weitergeführt. Alles, was danach abgelaufen ist, betraf ihn, auch wenn es noch Eingänge gab. Die habe ich dann unbearbeitet sofort an ihn weitergegeben.

Nach der Eingabe habe ich die Zuständigkeit auch offiziell von der Präsidialabteilung zugewiesen bekommen. Es ist im Haus so geregelt, dass die Präsidialabteilung Eingaben an die zuständigen Mitglieder verteilt. Dies ist bei mir am 21. November 2005 offiziell eingegangen. Wir haben die Eingabe dann am 7. Dezember an das Umweltministerium weitergeleitet. Ich gucke mir Eingaben üblicherweise im Hinblick auf die Fragen an: Sind Haushaltsmittel des Landes betroffen? Sind die Angaben so detailliert, dass man um eine Stellungnahme bitten kann? Was mache ich dann damit? Ändere ich gegebenenfalls den Arbeitsplan? Greife ich das auf? In der Regel schicke ich es erst mal mit der Bitte um Stellungnahme an das zuständige Ministerium, wie auch in diesem Fall geschehen.

Wir bekamen dann erst mal keine Reaktion auf die Weitergabe und haben am 21. Februar eine Mahnung an das Umweltministerium geschickt, um zu erfahren, wie dessen Stellungnahme ist. Am 7. April hat uns das Umweltministerium, und zwar die Abteilung IV, unterschrieben von Dr. Friedrich, eine Antwort geschickt, die sehr detailliert war und der auch erhebliche Unterlagen beigefügt waren. Ich hatte für den ganzen „Technischen Umweltschutz“ drei Ingenieure. Da sie gerade in einer Prüfung waren, habe ich gesagt, sie könnten die Bearbeitung erst mal zurückstellen, das müsste nicht sofort passieren, wir würden uns das dann in Ruhe angucken.

Erstaunlicherweise - für mein Erstaunen - kriegte ich dann einen Anruf von Herrn Noetzel - Herr Noetzel ist der BdH des Umweltministeriums der sich dafür entschuldigte, dass die Zweimonatsfrist, die von uns gesetzt war, abgelaufen war, ohne dass wir eine Antwort bekommen hätten; er würde sich jetzt darum kümmern. Das hatte mich insofern erstaunt, als ich ja schon eine ausführliche Antwort hatte. Ich habe ihn dann darüber informiert, und er bat mich, da er die nicht kannte, dass ich sie ihm zur Verfügung stelle.

Da der Eingang den offiziellen Briefkopf des Umweltministeriums hatte, sah ich keine Hinderungsgründe, dem BdH, der ja eine gewisse Stellung hat - ich komme aus dem Haushalt; gleichzeitig war er in der Regel der Ansprechpartner für uns als Landesrechnungshof -, das nicht zuzuleiten. Das haben wir dann auch gemacht. Er bat

mich dann, dass ich keine abschließende Bearbeitung vornehme, bevor die Abteilung I des Umweltministeriums noch mal Stellung genommen hat, wobei ich nicht mehr genau weiß, ob es die Abteilung I war, aber jedenfalls das Umweltministerium.

Dann ging es so weiter: Wir haben dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ die Tatsache entnommen, dass gegen Dr. Friedrich ein Hausverbot verhängt war. Das habe ich zum Anlass genommen, die Präsidentin nach § 18 Geschäftsordnung des Landesrechnungshofs zu unterrichten. Nach dieser Vorschrift sind wir als Mitglieder gehalten, die Präsidentin über bedeutsame Vorgänge zu unterrichten. Da dieser Vorgang schon in der Presse war, hätte es durchaus sein können, dass die Präsidialabteilung über die Pressestelle des Hauses angesprochen wird. Deshalb hielt ich das für sinnvoll.

Danach kam nochmals ein Schreiben vom Umweltministerium vom 11. August, noch mit Unterlagen ergänzt vom 14. August 2006, mit dem uns weitere Unterlagen zu diesem Vorgang zugestellt worden sind. Da war ich allerdings schon unterrichtet - auch durch Telefonate mit dem Haus, insbesondere Herrn Dr. Günther -, dass der Vorgang aufgegriffen worden ist. Wir haben natürlich die ganzen Presseauschnitte gesehen, dass auch schon staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren liefen. Dann habe ich nicht mehr geglaubt, dass es notwendig sei, dass wir als Rechnungshof etwas machen. Denn unsere Aufgabe kann ja nur darin liegen, objektiv festzustellen, was mit Landesmitteln passiert. Wenn es so weit geht, dass subjektive Straftatbestände betroffen sein könnten, übersteigt das unsere Ermittlungskompetenzen. Insofern habe ich diese Akte erst mal ruhen lassen.

Dann bin ich noch von Dr. Günther über den Abschluss des Arbeitsgerichtsprozesses informiert worden und habe den Vorgang für mich als beendet angesehen, zumal ich auch informiert war, dass das Haus - das Umweltministerium selbst - zwei Juristen ins Haus gezogen hatte, die alle Vergabevorgänge der Abteilung IV untersuchen sollten.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Mit welchen Personen aus dem Umweltministerium hatten Sie denn Kontakt in dem Zusammenhang? Ich meine sowohl telefonischen als auch Briefkontakt oder persönliche Gespräche.

Zeugin Agnes Kampschulte: Nur mit Dr. Günther und Herrn Noetzel.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gab es weitere schriftliche Stellungnahmen über die von Ihnen erwähnten des Ministeriums an Sie hinaus?

Zeugin Agnes Kampschulte: Nach meinem Kenntnisstand nicht. Ich habe die Akte auch noch mal durchgesehen. Ich Sorge immer dafür, dass absolut alles - auch an E-Mail-Verkehr - in die Poststelle geht.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: In MUNLV Band 3, Seite 263 - das als Hinweis für die Kollegen - finden wir ein Schreiben von Herrn Dr. Günther an die Rechtsan-

walte Hölters & Elsing vom August 2006. Auf Seite 264, also der zweiten Seite dieses Schreibens von Herrn Dr. Günther, ist ausgeführt:

Ich habe ferner nach einem Telefonat mit dem Landesrechnungshof dem Landesrechnungshof weitere Unterlagen zugeleitet (Anlage 5). Im Gerichtstermin war mir insofern beim Gericht aufgefallen, dass die Vorsitzende dem Stichwort LRH besondere Aufmerksamkeit widmete, sodass ich beim LRH initiativ war, um möglicherweise bis zum Oktobertermin eine deutliche Prüfungsfeststellung des LRH zu erhalten. Der LRH will insofern kurzfristig auf dieser neuen Basis intensiv den Vorgang - in Klammern: weiter - prüfen.

Welche Kontakte hat es denn diesbezüglich zwischen dem Ministerium und dem Landesrechnungshof gegeben?

Zeugin Agnes Kampschulte: Ich bin immer nur von Dr. Günther über den Fortgang unterrichtet worden. Gerade vor dem Hintergrund, dass auch das LKA ermittelte, habe ich mit Sicherheit keine Aussage gemacht, dass ich irgendetwas prüfen würde. Das war auch nie vorgesehen. Es kann sein, dass diesem Schreiben Unterlagen beigelegt waren, deren Auswertung ich aber nicht vorgenommen habe. Ich habe sie zur Not dabei, sie sind ja als Anlagenband auch an Sie gegangen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Was ich jetzt zitiert habe, war kein Schreiben an den Landesrechnungshof, sondern das hat Herr Dr. Günther den Anwälten, die damals im arbeitsgerichtlichen Verfahren waren, mitgeteilt. Er verweist darauf, dass der Landesrechnungshof noch kurzfristig intensiv etwas prüfen will. Deswegen meine Nachfrage.

Zeugin Agnes Kampschulte: Das kann ich mir nicht erklären. Das macht überhaupt keinen Sinn, weil auch in normalen Verfahren ... Die Vergabeproblematik ist dem Landesrechnungshof ja nicht ganz unbekannt, wie Sie unseren Jahresberichten gegebenenfalls entnehmen können. Wir machen es immer so - eigentlich im Haus auch abgesprochen -: Sobald der Verdacht von Straftatbeständen existiert, würden wir über die Präsidialabteilung - gegebenenfalls von uns aus - Kontakt zur Staatsanwaltschaft oder zum LKA aufnehmen. Sobald solche Ermittlungsverfahren laufen oder die Entscheidung ansteht, ziehen wir uns als Rechnungshof eigentlich zurück, weil wir, wie gesagt, subjektive Tatbestände gar nicht ermitteln können.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich muss trotzdem noch mal fragen. Auch wenn sich das vielleicht erübrigt, frage ich trotzdem. Sind Sie denn von Herrn Dr. Günther oder von anderen Personen aus dem Ministerium gebeten worden, bestimmte Sachen noch mal gezielt zu überprüfen?

Zeugin Agnes Kampschulte: Er wollte mir immer den Vorgang zuleiten, was die beiden Juristen, die alle Vergaben durchsahen, als Ergebnisbericht abgefasst hatten. Das wollte er mir immer zuleiten. Der Akte aus dem Zeitraum, als ich nicht mehr zuständig war, habe ich entnommen, dass das auch eingegangen ist, aber nicht mehr

zu meiner Zeit. Ich habe auch nicht zugesagt, so etwas zu überprüfen. Das, was ich vorhin schilderte, war die Situation: Ich hatte drei Ingenieure, die auf ihrer Ebene mit Sicherheit Vergabeverstöße hätten werten können, aber ich hätte sie nicht dafür einsetzen können, eine Arbeit von zwei Juristen zu überprüfen. Das hätte ich jedenfalls nicht gemacht.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wissen Sie denn, ob es nach Ihrem Weggang von diesem Fall eine Überprüfung in Ihrem Hause gegeben hat?

Zeugin Agnes Kampschulte: Das kann ich nicht sagen. Dazu müssen Sie Herrn Pfeifer befragen. Mein Schnitt war der 1. Januar 2007 mit der neuen Zuständigkeit. Ich habe dann noch mal persönlich von Herrn Lech - den Namen habe ich nachgelesen - vom LKA Sachen bekommen. Das waren, glaube ich, die Unterlagen der Juristen. Die habe ich aber wirklich nur entgegengenommen und sofort weitergeleitet, weil das nicht mehr meine Zuständigkeit war.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Da Sie gerade Herrn Lech ansprechen, möchte ich noch einen Vorhalt machen; Blatt 671 der Akte Justizministerium 2. Band. Dort findet sich ein Vermerk des LKA vom 13. April 2007 zur Einbindung des Landesrechnungshofs:

Während der Besprechung am 04.04.2007 schlug Herr Dr. Günther vor, den Landesrechnungshof zur Überprüfung der Vergaben der Abteilung IV des MUNLV einzubinden. Mit ihm wurde heute telefonisch abgesprochen, dass der Landesrechnungshof von hiesiger Seite aus informiert und dem Landesrechnungshof der Prüfbericht des Prüfteams Vergabeverfahren Abteilung IV zur Verfügung gestellt wird. - Lech, KHK.

Wissen Sie, welche Kontakte es daraufhin zwischen Landesrechnungshof und LKA gab?

Zeugin Agnes Kampschulte: Das ist das, was ich ansprach. Am 16. April 2007 ist Herr Lech persönlich mit diesem Band und dem Anschreiben - direkt an mich adressiert - bei mir erschienen. Ich habe ihm gesagt, dass ich nicht mehr zuständig bin und dass ich die Sache weiterleiten werde. Das habe ich auch gemacht; das ist bei uns in der Akte auf Blatt 53 vermerkt und noch mal auf Seite 107. Dort ist auch ein Vermerk von Herrn Pfeifer, dass ich ihm das weitergeleitet habe. Bei dieser Gelegenheit hat mich Herr Lech gefragt, ob ich die Möglichkeit sähe, Fachprüfer, also Ingenieure, für diese Vergaben zur Verfügung zu stellen. Ich habe gesagt: Wenn ich noch zuständig wäre, würden Sie die von mir nicht bekommen. Wir haben so wenig Personal. Wir haben einen Arbeitsplan. Wenn ich für einen Bereich zuständig bin, mache ich auch eine mittelfristige Planung, dass ich den gesamten Landeshaushalt möglichst breit durchprüfen kann. Dann würde ich nicht zwei von drei Leuten abstellen, um so eine Sache zu bearbeiten. Die müssten sich dann schon irgendwo anders her Sachverstand besorgen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gab es denn zusätzlich noch andere Anfragen seitens der Staatsanwaltschaft oder des LKA?

Zeugin Agnes Kampschulte: Ich habe das nicht wiedergefunden. Ich habe nur elektronische Kalender, die aber offenbar nach einem halben Jahr gelöscht werden. Ich habe noch einmal geguckt, ob ich einen Termin finde. Ich weiß, dass Herr Lech oder jedenfalls das LKA irgendwann bei mir war und mich gefragt hat, ob ich die elektronische E-Mail noch habe. Ich lösche aber regelmäßig, sonst läuft so ein Postfach über. Ich habe ihn wegen der Frage, ob man das wiederherstellen kann, an unsere Präsidialabteilung verwiesen, habe aber danach nie wieder etwas gehört. Das ist das Einzige, woran ich mich noch erinnere.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Mit elektronischer E-Mail meinten Sie die Eingabe?

Zeugin Agnes Kampschulte: Die Eingabe, die Herr Jahnz ursprünglich erhalten hat, die wir ausgedruckt in der Akte haben - was für mich wichtig ist - und dann auch wörtlich dem Umweltministerium zur Verfügung gestellt haben. Die elektronische war für mich nicht wichtig, weil es mir nur um die Sache ging.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dann habe ich abschließend noch eine Frage: Ist seitens des Landesrechnungshofs mal versucht worden, den Absender dieser Eingabe zu ermitteln? Gibt es darüber Erkenntnisse?

Zeugin Agnes Kampschulte: Von mir nicht. Hintergrund war wohl, dass das LKA das versuchen wollte. Aber, wie gesagt, für mich war das nicht wichtig. Wir kriegen doch hin und wieder solche Eingaben. Mir geht es dann darum, dass die Sache verfolgt wird. Das geschieht für mich dadurch, dass ich es erst mal an das zuständige Ministerium herantrage und gegebenenfalls weiter entscheide.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wissen Sie, ob das LKA versucht hat, den Absender zu ermitteln?

Zeugin Agnes Kampschulte: Ich habe sie an die Präsidialabteilung verwiesen, weil ich nicht weiß, wie die elektronische Datenhaltung bei uns geregelt ist; das tut mir leid.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich habe dann im Augenblick keine Fragen mehr an Sie, Frau Kampschulte. Die Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen haben nun Möglichkeiten, an Sie Fragen zu stellen. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass das Erstfragerecht bei der Zeugin seitens CDU und FDP besteht. - Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Kampschulte, kommt es häufiger vor, dass eine Fachabteilung eines Ministeriums auf eine Nachfrage des Landesrechnungshofs antwortet, oder machen das andere? Wie läuft so etwas normalerweise bei Ihnen ab?

Zeugin Agnes Kampschulte: Nach meinem Kenntnisstand ist das der Regelfall, weil wir in der Regel Fachsachen prüfen. Normalerweise machen die aber interne Mitzeichnung. So kenne ich es auch aus dem Finanzministerium. Aber das ergibt sich nicht aus den Schreiben, die wir zum Schluss bekommen haben. Aber dass die Fachabteilung Absender ist, ist normal.

Holger Ellerbrock (FDP): Es war also nichts Auffälliges daran?

Zeugin Agnes Kampschulte: Nein.

Holger Ellerbrock (FDP): Sie haben einen Briefkopf gesehen und gesagt: Das Thema ist erfasst, schauen wir mal nach.

Zeugin Agnes Kampschulte: Ja.

Holger Ellerbrock (FDP): Hatten Sie in dem Zusammenhang irgendwann mal Kontakte mit dem Umweltministerium, mit der Leitungsebene - Staatssekretär,

(Zeugin Agnes Kampschulte: Nein!)

Minister, Abteilungsleiter I die gesagt haben: „Landesrechnungshof, mach mal hinne, wir wollen da was finden“, irgendeine besondere Art der Motivation?

Zeugin Agnes Kampschulte: Nein. Ausschließlich mit Herrn Dr. Günther und mit Herrn Noetzel.

Holger Ellerbrock (FDP): Das war es. - Danke.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dann schaue ich auf die Seite von SPD und Grünen. Gibt es dort Wortmeldungen? - Herr Kollege Rimmel.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Ich würde Sie gerne fragen, Frau Kampschulte - Sie hatten das eben schon mal ansatzweise dargestellt -, wann nach Ihrer Erinnerung der erste persönliche Kontakt mit Herrn Dr. Günther telefonisch erfolgt ist.

Zeugin Agnes Kampschulte: Also persönlich ... Es waren ausschließlich telefonische Kontakte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist klar.

Zeugin Agnes Kampschulte: Nach meinem Kenntnisstand war das, als wir unterrichtet worden sind. Das war dann schriftlich. Es waren die Schreiben vom August, als für die Abteilung I oder für das Umweltministerium die zweite Stellungnahme - offenkundig von Dr. Günther als Bearbeiter - gefertigt wurde.

Johannes Remmel (GRÜNE): Erst im August haben Sie aus Ihrer Erinnerung ...

Zeugin Agnes Kampschulte: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich würde gern auf die Zeugenaussage bzw. das Ausschussprotokoll 14/998, Seite 59, verweisen. Ist es exakt von der Seite her?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich weiß nicht, auf was Sie verweisen wollen; deswegen kann ich das nicht sagen.

(Heiterkeit)

Johannes Remmel (GRÜNE): Da frage ich Herrn Dr. Günther:

Sie haben gerade geschildert, dass Sie sich Anfang Februar 2006 mit den Sachverhalten beschäftigt haben. Ich frage: Mit wem standen Sie aufseiten des Landesrechnungshofs in dieser Angelegenheit in Kontakt?

Dann antwortet der Zeuge Dr. Günther:

Nach meiner Erinnerung war das die Frau Kampschulte. Es bestand auch ein besonderer Bedarf für den Kontakt, weil die Anfragebeantwortung gegenüber dem Landesrechnungshof durch eine befangene betroffene Person erfolgte, sodass der Vorgang auch aus der Sicht des Landesrechnungshofs sicherlich einer ergänzenden Betrachtung bedurfte bzw. hier der Landesrechnungshof von uns informiert wurde über die wahren Sachverhalte, die uns ja dann Ende April 2006 auf Staatssekretärebene bekannt geworden sind. Insofern habe ich damals mit Frau Kampschulte gesprochen.

Zeugin Agnes Kampschulte: Das kann im Februar keinesfalls der Fall gewesen sein, weil wir am 21. Februar noch die Mahnung rausgeschickt haben, dass wir keinen Eingang verzeichnen können, und die Abteilung IV am 7. April 2006 geschrieben hat. Dass dabei irgendwas nicht ganz normal war, weiß ich definitiv erst seit dem Anruf von Herrn Noetzel am 24. April. Das war auch definitiv Herr Noetzel und nicht Dr. Günther.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie können also einen Kontakt im Februar oder im April nicht bestätigen?

Zeugin Agnes Kampschulte: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben eben geschildert, dass anonyme Eingaben an den Landesrechnungshof schon mal häufiger passieren. Ist es dann der Regelfall, dass Sie bezogen auf die anonymen Eingaben auch eine Stellungnahme der jeweiligen Ministerien erbitten, oder gibt es Kriterien, nach denen Sie das bewerten?

Zeugin Agnes Kampschulte: Meine Kriterien sind, dass wir zuerst eine grobe Prüfung machen: Können überhaupt Landesmittel betroffen sein? Wenn ich das bejahe, ist das so detailliert, dass man auch versuchen kann, irgendetwas aus dieser Akte zu identifizieren. Wenn das der Fall ist, schicke ich das immer zur Stellungnahme.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut. Dann haben Sie eben geschildert, dass die weitere Prüfung des Sachverhalts im August nach Zusendung von weiteren Unterlagen durch das MUNLV bei Ihnen nicht weitergegangen ist.

Zeugin Agnes Kampschulte: Richtig.

Johannes Remmel (GRÜNE): Mit dem Verweis darauf, dass - ich weiß nicht, ob ich Sie richtig zitiere - in der Presse Mitteilungen waren, dass staatsanwaltschaftliche Ermittlungen stattfinden.

Zeugin Agnes Kampschulte: Zum Beispiel, ja. Ich war irgendwann auch informiert, dass der Arbeitsgerichtsprozess läuft. Aber wann das war, weiß ich nicht mehr.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann muss ich Sie fragen, woher konkret Sie zu diesem Zeitpunkt wussten, dass staatsanwaltschaftliche Ermittlungen laufen.

Zeugin Agnes Kampschulte: Diese Erkenntnisse hatten wir als Erstes aus dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ gewonnen, in dem das mit dem Hausverbot drinstand.

Johannes Remmel (GRÜNE): Steht da irgendwas von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen?

Zeugin Agnes Kampschulte: Weiß ich nicht. Das kann ich Ihnen nicht sagen, da müsste ich nachgucken. Das ist Blatt 24 unserer Akte. - Nein, das war meine Unter- richtung an die Präsidentin.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Schauen Sie mal auf Blatt 25.

Zeugin Agnes Kampschulte: Ja, genau. Möglicherweise steht nicht darin, dass die Staatsanwaltschaft drin ist, aber die Frage ist ja immer: Wann steige ich als Rech-

nungshof angesichts der begrenzten Ressourcen, die wir haben, in irgendwas ein? Meine Maßgabe ist immer: Sobald sich ein Haus darum kümmert - hier arbeitete das Umweltministerium ja, wir hatten die Aussage von Herrn Noetzel, dass sie noch eine Stellungnahme abgeben wollten; ich kann aus der Erinnerung heraus nicht mehr sagen, wann ich von den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wusste, tut mir leid -, machen wir normalerweise nichts.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber Sie können nicht mehr konkret benennen, wann Ihnen staatsanwaltschaftliche Ermittlungen ...

Zeugin Agnes Kampschulte: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hat Herr Dr. Günther Ihnen gegenüber in diesen Gesprächen auf staatsanwaltschaftliche Ermittlungen hingewiesen?

Zeugin Agnes Kampschulte: Ich weiß es nicht. Sie werden unserer kopierten Akte entnommen haben, dass wir jede Menge Zeitungsausschnitte gesammelt haben. Was durch ein Telefonat war und was durch Zeitungsausschnitte, kann ich nicht mehr nachvollziehen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann würde ich gerne Landesrechnungshof Band 1, Seite 68, einführen. Das ist eine E-Mail von Herrn Günther an den Landesrechnungshof, zur Kenntnis an den Staatssekretär. Die E-Mail geht an Sie persönlich. Ich darf sie vorlesen - Datum 1. Juni 2008, also nach der Verhaftung von Herrn Dr. Friedrich, als es dann auch Nachrichten darüber gab -:

Sehr geehrte Frau Kampschulte, da auch in den gesamten Komplex Dr. Friedrich der Landesrechnungshof eingeschaltet war (anonyme Mail an den Landesrechnungshof vom 7. November 2005) und die Gesamtthematik am 3. Juni 2008 unter anderem auf der Tagesordnung des Haushalts- und Kontrollausschusses steht - an dem dann Frau Scholle teilgenommen hat; das ist meine Ergänzung - und wahrscheinlich auch im Landtag thematisiert wird, bitte ich um Ihren kurzfristigen Anruf. Wahrscheinlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass an den Landesrechnungshof zu irgendeinem Zeitpunkt die Frage herangetragen wird, warum dort damals nicht weiter ermittelt wurde (wohl im Hinblick auf die da schon laufenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen). Ich möchte Sie insofern collegialiter frühzeitig auf solche möglichen Fragestellungen besonders hinweisen, sodass eine Sachdarstellung des Landesrechnungshofs frühzeitig (und gegebenenfalls nur vorsorglich) erstellt werden kann.

Zeugin Agnes Kampschulte: Ich habe diese E-Mail persönlich bekommen, wie mir auch das LKA, Herr Lech, persönlich die Unterlagen gebracht hat. Ich habe diese E-Mail an Frau Scholle weitergeleitet, wie Sie an dem Briefkopf sehen können; denn dieser Aktenauszug ist ja von ihr gefertigt. Ansonsten habe ich selbstverständlich Herrn Pfeifer unterrichtet.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie denn Herrn Günther angerufen? Er hatte ja um Anruf gebeten.

Zeugin Agnes Kampschulte: Kann sein, dass ich ihn angerufen habe, aber ich habe ihm auch gesagt - das müsste er da aber schon gewusst haben -, dass ich nur bis Ende 2006 zuständig war. Wir haben uns natürlich intern im Haus unterhalten, wer gegebenenfalls an den Ausschusssitzungen teilnimmt. Denn genau wie ich heute als Zeugin im Untersuchungsausschuss geladen bin, hätte es auch sein können, dass die Frage damals schon im Fachausschuss - ich glaube, es war der HKA oder der Umweltausschuss - an den Landesrechnungshof gerichtet worden wäre. Für diesen Fall waren wir beide anwesend - Herr Pfeifer und ich.

Johannes Remmel (GRÜNE): War der Hinweis „collegialiter“ auf die Ihnen bekannt sein müssenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen ...

Zeugin Agnes Kampschulte: Irgendwann stand auch in der Presse, dass die Staatsanwaltschaft drin ist.

Johannes Remmel (GRÜNE): Aber zu dem Zeitpunkt 2006?

Zeugin Agnes Kampschulte: Dies ist eine E-Mail von 2008.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja, aber es geht um den Sachverhalt, warum seinerzeit vom Landesrechnungshof in der Sache - anonyme Eingabe - nicht weiter ermittelt oder bewertet worden ist, obwohl das MUNLV noch Sachverhalte geschickt hat. Herr Dr. Günther verweist hier auf die schon laufenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zum damaligen Zeitpunkt. Ich frage noch mal: Woher können Ihnen die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen bekannt gewesen sein? In der Presse habe ich jedenfalls keinen Hinweis darauf gefunden.

Zeugin Agnes Kampschulte: Ich kann Ihnen nur die gleiche Antwort geben. Ich weiß, dass das LKA in der Sache tätig war, denn ich hatte zweimal Kontakt: einmal wegen der E-Mail, ob ich die körperlich noch irgendwo auf dem Rechner hätte, und das zweite Mal, als ich die Gutachten überreicht gekriegt habe.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das ist klar, das ist der Zeitraum 2007. Es geht um den Zeitraum 2006.

Zeugin Agnes Kampschulte: Für 2006 kann ich es Ihnen nicht beantworten.

Johannes Remmel (GRÜNE): Danke schön.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gibt es im Augenblick noch Fragen von CDU oder FDP? - Dann ist jetzt Frau Watermann-Krass dran.

Annette Watermann-Krass (SPD): Frau Kampschulte, ich würde gern noch mal auf den Anfang zurückkommen. Die E-Mail ist ja am 7. Dezember 2005 eingegangen, und am gleichen Tag haben Sie das weitergeleitet.

Zeugin Agnes Kampschulte: Die E-Mail ist bei Herrn Jahnz eingegangen, und Herr Jahnz hat sie weitergeleitet.

Annette Watermann-Krass (SPD): Ach so. Also einen Monat später, 7. November 2005?

Zeugin Agnes Kampschulte: 7. November. Sie war am 21. November 2005 nach der Verteilung durch die Präsidialabteilung bei mir. Das sehen Sie auf der ersten Seite. Daraufsteht: IV C zuständigkeitshalber, im Auftrag Krantz, 15. November. Dann hat sie bei uns ein Aktenzeichen gekriegt: IV C-127E-12-80. Daran ist mein Namenszeichen mit Ka, 21. November. Da ist sie bei mir eingegangen. Dann haben wir sie mit Schreiben vom 7. Dezember an das MUNLV weitergeleitet.

Annette Watermann-Krass (SPD): Wie ist das üblich? Sie haben dann das MUNLV angeschrieben und eben erwähnt, dass sie in zwei Monaten eine Antwort erwarten.

Zeugin Agnes Kampschulte: Nein, das war erst mal ohne Fristsetzung. Erst in das Schreiben, das ich als Mahnung bezeichnet habe - das steht nicht so drüber; das ist auf Blatt 12 unserer Akte -, haben wir dann - als Mahnung - geschrieben, dass wir die gerne in zwei Monaten hätten.

Annette Watermann-Krass (SPD): Die Antwort ist aber dann am 7. April 2006 eingegangen.

Zeugin Agnes Kampschulte: Ja. Ich glaube, das Schreiben war vom 7. April. Ich müsste gucken, wann sie eingegangen ist.

Annette Watermann-Krass (SPD): Von Friedrich?

Zeugin Agnes Kampschulte: Ja. Eingegangen ist sie bei uns am 10., und ich habe sie am 12. gehabt.

Annette Watermann-Krass (SPD): Ist das ein normales Zeitfenster für Sie?

Zeugin Agnes Kampschulte: Das ist für mich schon ein normales Zeitfenster, weil es nicht um eine Akte geht, um die ich mich bereits sehr intensiv gekümmert habe. Ich habe erst mal nur dafür gesorgt, dass eine Stellungnahme eingeholt wird. Insofern sind zwei Monate für so etwas für mich durchaus im Rahmen gewesen. Deshalb haben wir dann nach zwei Monaten ...

Annette Watermann-Krass (SPD): Das ist etwas mehr.

Zeugin Agnes Kampschulte: Ja, gut. Dazwischen ist noch Weihnachten gewesen. Für mich war das okay.

Annette Watermann-Krass (SPD): Aus der anonymen E-Mail war zu entnehmen, um welchen Sachverhalt und auch um welches Dezernat es ging. Ich denke, Sie werden dann auch in die Struktur eines Ministeriums gucken. Wenn es um die Wasserrahmenrichtlinie geht, dann ist eine gewisse Abteilung zuständig.

Zeugin Agnes Kampschulte: Ja, die Abteilung IV, MUNLV.

Annette Watermann-Krass (SPD): Hat es Sie in diesem Falle stutzig gemacht, dass der Betreffende, der in diesem Fall beschuldigt wird, selber antwortet?

Zeugin Agnes Kampschulte: Nein, das war ja gerade schon die Frage. Üblicherweise antwortet uns die Fachabteilung nach internen Mitzeichnungen. Aber die sieht man ja auf diesen Schreiben nicht.

Annette Watermann-Krass (SPD): Haben Sie mit Kollegen über diesen Sachverhalt gesprochen? Hat man sich beraten?

Zeugin Agnes Kampschulte: Ich habe diesen Fall nur als sachbearbeitendes Mitglied gesteuert und hatte das Herrn Brunke zur Bearbeitung gegeben. Das ist einer meiner Wasserbauingenieure gewesen.

Annette Watermann-Krass (SPD): Gab es noch mal Rücksprachen mit dem MUNLV in der Sache?

Zeugin Agnes Kampschulte: Von mir aus nicht. Wir hatten das erst mal übergeben, dann die Mitteilung gekriegt: „Es kommt noch was“, und darauf habe ich dann zunächst gewartet.

Annette Watermann-Krass (SPD): Danke.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die nächste Wörtmeldung ist von Herrn Remmel.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Sie haben eben geschildert, dass es zu einem Zeitpunkt, als Sie nicht mehr zuständig waren, zu einem Treffen zwischen Ihnen und Herrn Lech gekommen ist.

Zeugin Agnes Kampschulte: Er ist gekommen und wollte mir den Briefumschlag übergeben.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Den Briefumschlag haben Sie aber entgegengenommen?

Zeugin Agnes Kampschulte: Naja, er war ja direkt an den Landesrechnungshof - zu meinen Händen oder wie auch immer, jedenfalls mit meinem Namen versehen, wie das Anschreiben auch ausweist - adressiert. Dann habe ich ihn natürlich als Dienstpost entgegengenommen und offiziell weitergegeben.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Wissen Sie etwas über das Ergebnis?

Zeugin Agnes Kampschulte: Nein, das war ja in der Zuständigkeit eines Kollegen in einer ganz anderen Abteilung.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Okay. Sie haben sich auch nicht ausgetauscht, was das Ergebnis der Prüfung dieser Berichte war?

Zeugin Agnes Kampschulte: Nein.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Noch mal zurück zu dem Prüfvorgang durch Sie im Spätsommer, Herbst 2006. Auf dem Schreiben vom 25. September 2006 - Seite 44, Landesrechnungshof Band 1 - notieren Sie handschriftlich: Erstens. Das Ergebnis des Arbeitsgerichtsverfahrens sollte abgewartet werden. - Von wem haben Sie Kenntnis darüber erlangt, dass ein Arbeitsgerichtsverfahren läuft?

Zeugin Agnes Kampschulte: Das ist nicht meine Handschrift, das ist von Herrn Brunke geschrieben.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Sie haben mit Herrn Brunke nicht über Arbeitsgerichtsverfahren gesprochen, oder?

Zeugin Agnes Kampschulte: Herr Brunke ist mein Prüfer. Also habe ich mich natürlich mit ihm über diesen Fall unterhalten. Aber wann und wie ich jetzt erfahren habe, dass da ein Arbeitsgerichtsverfahren läuft, weiß ich nicht mehr.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie mit Herrn Dr. Günther über Arbeitsgerichtsverfahren gesprochen?

Zeugin Agnes Kampschulte: Das mag sein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie haben mit dem Schreiben vom 14. August einen Vermerk von Herrn Leitenden Ministerialrat Odenkirchen vom 07.10.2005 übersandt bekommen, der Gegenstand der hausinternen Abstimmung zur MAPRO-Vergabe war.

(Thomas Stotko [SPD]: Welches Blatt?)

- Blattzahl 45, 46, 47.

Ist Ihnen darüber hinaus eine Stellungnahme des MUNLV zugegangen, wo der Vorgang vergaberechtlich bewertet wird?

Zeugin Agnes Kampschulte: Ja, wir hatten ja zwei Eingänge. Sie haben gerade das Schreiben des MUNLV, Blatt 44, vom 14.08., zitiert.

Johannes Remmel (GRÜNE): Okay.

Zeugin Agnes Kampschulte: Und es gab schon das Anschreiben vom 11.08.2006. Das ist Blatt 31.

Johannes Remmel (GRÜNE): Blatt 31?

Zeugin Agnes Kampschulte: Ja, Blatt 31 folgende.

Johannes Remmel (GRÜNE): Genau. Da ist Ihnen die vergaberechtliche Einordnung übersandt worden.

Zeugin Agnes Kampschulte: Ja.

Johannes Remmel (GRÜNE): Haben Sie das näher geprüft?

Zeugin Agnes Kampschulte: Nein, das habe ich nicht näher geprüft, weil ich ja gesagt hatte: Solange das Umweltministerium diesen Vorgang aufgegriffen hat und weiterverfolgt, mache ich daraus keinen Prüfvorgang.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut.

Zeugin Agnes Kampschulte: Es ist ja nach wie vor nur dieser Eingabevorgang bei uns.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ist die Prüfung ... Ach nein, das können Sie nicht beantworten. -Vielen Dank.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich möchte an die Frage des Kollegen Remmel anschließen: Ist das immer so, wenn das zuständige Ministerium einen Fall aufgreift und selbst anfängt zu prüfen, dass Sie dann die Füße stillhalten?

Zeugin Agnes Kampschulte: Nein, das geht jetzt zu weit. Mir geht es ja erst mal darum, dass ein Vorgang überhaupt erst mal geprüft wird, und dann gibt es die Varianten, dass ich je nach Antwort, die wir bekommen - manche Antworten sind ja auch im ersten Moment so, dass man noch mal weiter nachfragt entweder noch mal so nachhaken, oder wir haben sowieso eine Prüfung geplant, und dann können wir es in dem Zusammenhang mitprüfen. Oder ich kann natürlich auch beschließen, dass wir als kleines Kollegium IV C den Arbeitsplan ändern. Aber hier sah ich jetzt keinen Anlass dafür.

Holger Ellerbrock (FDP): Also, die Vorstellung, dass zwischen Ministerium und Landesrechnungshof so eine Taskforce oder so was gebildet wird, wo man gemeinsam so eine Prüfung durchführt, geht fehl?

Zeugin Agnes Kampschulte: Es ist mir absolut unbekannt, dass es so was jemals gegeben hätte.

Holger Ellerbrock (FDP): Das wollte ich nur wissen. - Danke.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gibt es weitere Fragen an Frau Kampschulte? - Ich stelle fest: Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich mich bei Ihnen sehr herzlich bedanken, Frau Kampschulte.

Frau Kampschulte, Ihre Aussage ist hier protokolliert worden. Sie erhalten in den nächsten Tag einen Vorabauszug des Protokolls. Wenn Sie der Auffassung sind, dass Ihre Aussage unrichtig wiedergegeben worden ist, haben Sie Gelegenheit, uns dies innerhalb von 14 Tagen mitzuteilen. In einem solchen Fall müsste dann der Ausschuss darüber befinden, welche Änderungen gegebenenfalls im Protokoll vorzunehmen sind. Ich darf Sie jedoch bitten, das Protokoll anderen Personen nicht zugänglich zu machen.

Nach Beratung über das Ergebnis Ihrer Einvernahme wird der Untersuchungsausschuss über die Beendigung oder gegebenenfalls auch Fortsetzung Ihrer Vernehmung beschließen. Hierüber erhalten Sie dann zu gegebener Zeit eine gesonderte Nachricht. Für heute war es das erst einmal. Ich bedanke mich bei Ihnen und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend und ein schönes Wochenende.

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss II
9. Sitzung (öffentlicher Teil)

20.11.2009
fi

Wir sind damit auch am Ende unseres öffentlichen Teils und - ich glaube - der gesamten Sitzung heute. Ich darf mich auch bei Ihnen verabschieden, wünsche Ihnen einen angenehmen Abend und ein schönes Wochenende. Wir sehen uns zur Fortsetzung der Beweisaufnahme am 30. November wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

gez. Thomas Kutschaty
Vorsitzender

24.11.2009/27.11.2009